

# Schweiz

## Sie digitalisieren das Klassenzimmer

**Schule** Der Kanton St. Gallen will seine ganze Bildungslandschaft in die digitale Zukunft katapultieren. **Kostenpunkt: 75 Millionen Franken.** Das Geld wird nicht in Computer investiert, sondern primär in Lehrer.

Christoph Lenz

Die Zukunft der St. Galler Volksschulen begann vor rund zwei Jahren an einem höchst ungewöhnlichen Ort. Fröhlich, in einem Intercity zwischen St. Gallen und Bern.

Ralph Kugler sollte einen standardisierten Fragebogen zu den Möglichkeiten der Digitalisierung für die Schule ausfüllen. Der Co-Leiter des Instituts ICT und Medien der Pädagogischen Hochschule St. Gallen fand die Aufgabe interessant. Kugler, IT-begeistert, seit er in den 80er-Jahren auf einem Atari ST Musik produzierte, nutzte den Teamausflug nach Bern zum Brainstorming. Die Ideen sprudelten: Warum soll der Kanton St. Gallen nicht selbst kostenlose und im Netz frei zugängliche Lehrmittel entwickeln? Wie wäre es, wenn einzelne Schulen im Kanton zu Pilotschulen der Digitalisierung würden, in denen neue Unterrichtsformen frühzeitig getestet werden? Und wie müsste man die rund 6000 Lehrer im Kanton St. Gallen weiterbilden, damit sie wirklich bereit sind für die digitale Transformation?

Heute stehen mehrere dieser Ideen kurz davor, Realität zu werden. Sie sind Teil der St. Galler IT-Bildungsoffensive. Es ist das wohl ambitionierteste Digitalisierungsprogramm auf Kantonsebene: 75 Millionen Franken will St. Gallen in den kommenden acht Jahren investieren, um seine Bildungslandschaft – von der Primarschule über die Berufsbildung bis zur Universität – flottzumachen für die Zukunft. St. Gallen, heisst es in offiziellen Unterlagen der Regierung, soll «zu einem führenden Standort bei der digitalen Transformation von Geschäftsmodellen und Unterrichtskonzepten» werden. Ein kleines Silicon Valley am Bodensee.

Interessanterweise haben die hochtrabenden Pläne in der Ostschweiz keine Abwehrreflexe ausgelöst. Eher Euphorie. Der St. Galler Kantonsrat bewilligte die 75-Millionen-Sonderinvestition im letzten September mit 110 zu 0 Stimmen. Weil es um so viel Geld geht, muss am 10. Februar auch das Volk seinen Segen geben. Von Opposition aber bisher: keine Spur. Weder bei der Wirtschaft, noch bei den Lehrern, noch bei den Eltern.

### Staunen in Bern und Zürich

Inzwischen ist man auch in der Restschweiz auf den Pioniergeist in St. Gallen aufmerksam geworden. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation interessiert sich für die neuartige, digitale Berufsbildungsplattform, die der Kanton St. Gallen im Rahmen der IT-Offensive schaffen wird.

Auch in der Zürcher Economiesuisse-Zentrale gerät man ins Schwärmen. Er begrüsse die St. Galler IT-Offensive sehr, sagt Rudolf Minsch, Chefökonom des Wirtschaftsverbandes. «Das ist eine tolle Geschichte. Niemand in der Schweiz hat das bisher so konsequent durchgedacht.» Vorbildlich sei insbesondere die angestrebte enge Vernetzung zwischen Bildung und Wirtschaft, so Minsch. «Das hilft, dass man die PS dieses



«Der Mensch bleibt analog»: Ralph Kugler von der PH St. Gallen. Foto: Daniel Ammann

### «Die Schule könnte wieder mehr Zeit für Beziehungen erhalten.»

Ralph Kugler  
Pädagogische Hochschule

Programms wirklich auf den Boden bringt.»

Der Vater der IT-Bildungsoffensive schiebt an einem Morgen Mitte Januar einen schweren Rollkoffer durchs Schneegestöber am Berner Bahnhof. Stefan Kölliker, St. Galler Bildungsdirektor, befindet sich auf dem Weg an eine Konferenz in Interlaken, lässt aber gern einen Zug ausfallen, um sein Prestigeprojekt zu erklären.

Kölliker ist derzeit ohnehin ständig auf Achse: Mit einer Werbetour quer durch seinen Kanton will er die Bürger persönlich vom 75-Millionen-Franken-Sonderkredit überzeugen. Entsprechend routiniert bewegt sich Kölliker durchs Gespräch.

Jedes Argument sitzt: Die enorme Herausforderung der digitalen Transformation. Der massive Fachkräftemangel in der regionalen Industrie. Die verhältnismässig tiefen Löhne in der Ostschweiz. Die schwache Steuerkraft seines Kantons. Alle diese Herausforderungen, glaubt Kölliker, können mit der IT-Bildungsoffensive mittelfristig bewältigt werden. Köllikers Gleichung: Mehr Fachkräfte, mehr Ansiedlungen, höhere Löhne, höhere Steuereinnahmen. Dennoch hat er Respekt vor der

Volksabstimmung vom 10. Februar. «Was wir wollen, ist sehr umfangreich und sehr komplex», sagt Kölliker. «Es gibt keinen Kanton, der etwas auch nur ansatzweise Vergleichbares macht. Weder in der Grösse noch in der Breite. Das braucht Überzeugungsarbeit.»

Dass es ausgerechnet ein SVP-Regierungsrat ist, der das ambitionierteste (und teuerste) Digitalisierungsprojekt der Schweizer Kantone vertritt, ist überraschend. Viele von Köllikers Parteikollegen vertrauen bei der Standortpolitik eher auf Sparprogramme und tiefe Steuern. Kölliker kennt diese Logik. Der Kanton St. Gallen hat in den letzten Jahren ebenfalls mehrere Sparpakete geschmürt, auch die Bildung war jeweils betroffen. Eine Fortsetzung der Austerität wäre aber das falsche Rezept, glaubt er. «Wir haben gespart. Jetzt befinden wir uns in einer Gegenbewegung. Wir investieren in ein Set von gezielten Bildungsmaßnahmen, weil wir wissen,

### Ein Masterplan, fünf Schwerpunkte

Die IT-Bildungsoffensive des Kantons St. Gallen gliedert sich in fünf inhaltliche Schwerpunkte. Auf Stufe Volksschule soll ein neues Kompetenzzentrum geschaffen werden: Es konzipiert die Weiterbildung der Lehrkräfte (u.a. für das neue Schulfach Medien und Informatik) und realisiert Pilotprojekte im Bereich Informatik. Für die Berufsbildung ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit von Lehrbetrieben, Berufsschulen und



«Sehr umfangreich, sehr komplex»: Regierungsrat Stefan Kölliker. Foto: Franziska Rothenbühler

### «Wir investieren in Bildung, weil das mehr bringt als Steuern zu senken.»

Stefan Kölliker  
Regierungsrat St. Gallen (SVP)

dass das mehr bringt als blosse Steuersenkungen.»

### Schwerpunkt Weiterbildung

Aber sind wirtschaftspolitische und fiskalische Argumente überhaupt sinnvoll, wenn Bildungsreformen entworfen werden? Wo bleiben da die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen? Kölliker glaubt nicht, dass ein Zielkonflikt zwischen den Wünschen der Wirtschaft und den Pflichten der Volksschule existiert. Ziel sei es, die Kinder und Jugendlichen bestmöglich auf die Digitalisierung vorzubereiten. Wie dies gelingen soll, zeigt ein vertiefter

Verbänden zu vereinfachen. Die drei Fachhochschulen im Kanton St. Gallen erhalten ein Kompetenzzentrum für angewandte Digitalisierung und arbeiten künftig enger zusammen. An der Universität St. Gallen soll es neu einen Studiengang für Informatik und Management geben, wofür 27 Dozentenstellen geschaffen werden. Schliesslich sieht die Bildungsoffensive Unterstützungsmassnahmen für private Vereine und Institutionen vor, die sich im Bereich IT engagieren. (Inz)

## Parlamentarier wollen EU-Vertrag retten

**Rahmenabkommen** Politiker bereiten gemäss «SonntagsZeitung» einen Plan B vor, damit der Vertrag mit der EU durchkommt: Der Bundesrat würde das Abkommen zwar unterschreiben. Er soll aber in einer einseitigen Erklärung festhalten, dass er Forderungen beim Lohnschutz nicht nachkäme, wie SP-Nationalrat Eric Nussbaumer sagt. Damit würde die Schweiz einen Konflikt provozieren, und der neue Streitlösungsmechanismus käme zum Zug. Am Vorhaben sind Aussenpolitiker und Regierungskreise beteiligt.

Auch die CVP-Fraktion hat sich an ihrer Klausurtagung mit dem Abkommen befasst. Sie hält es für ungeeignet und nicht mehrheitsfähig. Als besonders problematisch erachtet sie die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, die sie per separater Vereinbarung oder unilateraler Erklärung ausklammern will. Bundespräsident Ueli Maurer (SVP) hat sich im «SonntagsBlick» ebenfalls zum Abkommen geäussert. «Im Moment profitiert die Schweiz zu wenig», sagte er. Man müsse in Alternativen denken, «es gibt nicht immer nur einen Weg». (sda)

## Nachrichten

### Die Schweiz unterhält teure Residenzen

**Diplomatie** Die Schweiz leistet sich für ihre Diplomaten Luxusresidenzen im Ausland. Das Auswärtiges Departement bezahlt für angemietete Botschaftsgebäude, Konsulate und Residenzen laut «SonntagsZeitung» jeden Monat 1,2 Millionen Franken. Am teuersten ist die Liegenschaft in San Francisco für monatlich fast 90 000 Franken im trendigen «Pier 17» mit Sicht auf die Bay Bridge. Zur Miete kommen die Kosten für den Ausbau der ehemaligen Lagerhalle in der Höhe von 9,3 Millionen Franken. (sda)

### Der Bund finanziert ein Sexportal

**Prävention** Der Bund hat gemäss «SonntagsBlick» ein Sex-Internetportal in der Westschweiz mit dem Namen «Callmetoplay» mitfinanziert. Demnach eröffneten zwei Sexarbeiterinnen-Organisationen die Website zur Vermittlung von Prostituierten. Sowohl das Bundesamt für Polizei als auch das Bundesamt für Gesundheit steuerten letztes Jahr Geld bei, insgesamt 345 600 Franken. Auf dem Portal finden sich neben einem Katalog mit Prostituierten und sexuellen Praktiken auch Tipps, was zu tun ist bei medizinischen Notfällen oder wenn ein Kondom reisst. (sda)

### Maudet wehrt sich und greift Gössi an

**Affäre** Trotz Lügenvorwurfs und Strafverfahren wehrt sich der Genfer Regierungsrat Pierre Maudet (FDP) in der «SonntagsZeitung» und in «Le Matin Dimanche» gegen einen Rücktritt. «Ich muss als Politiker zwar vorbildlich, aber nicht unfehlbar sein.» Die Politik habe Leute nötig, die bereit und fähig seien, harte Auseinandersetzungen zu führen. Er kritisierte Parteipräsidentin Petra Gössi, die seinen Rücktritt fordert. Dadurch sei «der Eindruck entstanden, die Partei lasse ihre Gewählten bei den ersten Schwierigkeiten gleich fallen». (sda)